

Antrag

des Abg. Dr. Erik Schweickert u. a. FDP/DVP

und

Stellungnahme

des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus

Lieferengpässe sowie Ressourcen- und Rohstoffmangel in Baden-Württemberg

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,

1. welche Erkenntnisse der Landesregierung zu aktuellen Lieferengpässen und einem Rohstoff- und Ressourcenmangel vorliegen, insbesondere bei Elektronikbauteilen inklusive Computerchips, Plastik, Papier, Holz und Metall;
2. wie sich der Preis sowie die Verfügbarkeit von internationalen Containerlieferungen, insbesondere aus Asien und via Schiffsverkehr, seit Anfang 2020 entwickelt haben;
3. welche Auswirkungen nach Kenntnis und/oder Einschätzung der Landesregierung diese Versorgungsengpässe auf Konjunktur, Arbeitsmarkt und Inflation in Baden-Württemberg im Jahr 2021 haben;
4. welche Kenntnisse sie zu Produktionsunterbrechungen/Betriebsschließungen/Produktionsreduktion aufgrund von Lieferengpässen sowie Ressourcen- und Rohstoffmangel in Baden-Württemberg hat und inwiefern diesbezüglich Kurzarbeit angezeigt oder beantragt wurde;
5. welche Auswirkungen diese Lieferengpässe sowie der Ressourcen- und Rohstoffmangel auf den Bausektor haben, insbesondere hinsichtlich der Preisentwicklung im Wohnungsbau;
6. welche Unterschiede nach ihrer Kenntnis bei den Auswirkungen zwischen Baden-Württemberg und anderen Bundesländern aufgrund der industrie- und exportorientierten Wirtschaftsstruktur in Baden-Württemberg bestehen;

7. inwiefern die Landesregierung eine unterschiedliche Betroffenheit bei mittelständischen Unternehmen im Vergleich zu Großkonzernen feststellen kann, bspw. aufgrund von Lagerkapazitäten, Einkaufsvolumen und -macht oder Fertigungstiefe;
8. inwiefern die Landesregierung in der Vergangenheit versucht hat, solche etwaigen Unterschiede durch Förderungen, Beratungen oder Initiativen auszugleichen, bspw. durch die Schaffung von Einkaufsplattformen, gemeinsamen Logistikkonzepten oder zentralen, übergreifenden Lagerkapazitäten;
9. was genau zu diesem Thema bei der Wirtschaftsministerkonferenz am 12. Mai besprochen wurde, insbesondere hinsichtlich den laut Medienberichten geäußerten Forderungen der Wirtschaftsminister Wolfgang Tiefensee und Anke Rehlinger nach einem Exportstopp von Rohstoffen und wie dies die Landesregierung bewertet;
10. ob es zutreffend ist, dass auf o. g. Wirtschaftsministerkonferenz vereinbart wurde, bis zur nächsten Sitzung des Gremiums am 17. und 18. Juni 2021 eine Analyse der Ursachen des Rohstoffmangels sowie Vorschläge zu seiner Lösung vorzulegen, und wenn ja, was die Ergebnisse der Ursachenanalyse sowie die Lösungsvorschläge genau sind;
11. welche Bedeutung für den Rohstoff- und Ressourcenmangel sie in protektionistischen Maßnahmen anderer Länder, in kartellartigen Marktstrukturen sowie in Reise- und Lieferbeschränkungen aufgrund der Coronapandemie sieht;
12. welche sonstigen Gründe und damit auch Einflussmöglichkeiten für die Landespolitik sie sieht, um den Ressourcen- und Rohstoffmangel aktuell abwehren und zukünftig verhindern zu können;
13. inwiefern sie eine Autonomie oder geografische Diversifizierung in der Versorgung bei strategisch wichtigen Gütern, bspw. Medizinprodukte, Medikamente (bspw. Impfstoffe), Computerchips, Elektrobatterien, Seltene Erden, etc., als erstrebenswertes politisches Ziel ansieht, sowohl auf Landes-, Bundes- als auch europäischer Ebene;
14. was ihre Pläne für die im Koalitionsvertrag angekündigte Wiederaufnahme des Rohstoffdialogs Baden-Württemberg sind, insbesondere hinsichtlich federführendem Ministerium, Zeitrahmen, beteiligten Dialogpartnern, Gründe für die Wiederaufnahme sowie Zielsetzungen des Dialogs;
15. inwiefern sich der ThinkTank Industrielle Ressourcenstrategien mit der Thematik Lieferketten- und Versorgungssicherheit beschäftigt hat oder dies zukünftig tun wird, und welche Erkenntnisse ggf. dazu bereits vorliegen.

14.6.2021

Dr. Schweickert, Reith, Scheerer, Birnstock, Bonath, Brauer, Goll, Haag, Haußmann, Hoher, Dr. Jung, Karrais, Dr. Timm Kern, Dr. Rülke FDP/DVP

Begründung

Lieferengpässe sowie ein Mangel an Ressourcen und Rohstoffen sind aktuell ein massives Problem für die Wirtschaft in Deutschland. Laut einer Umfrage des ifo-Instituts im Mai 2021 berichtet aktuell fast die Hälfte der Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes von einer Knappheit an Vorprodukten. Ebenso wird von massiven Problemen mit der Verfügbarkeit von Baumaterialien sowie einem Mangel an Holz berichtet (vgl. Drucksache 17/49, Antrag des Abg. Klaus Hoher u. a. FDP/DVP: „Situation der Holzversorgung in Baden-Württemberg und Auswirkungen für die Forst- und Holzwirtschaft“).

Der Antrag hat vor diesem Hintergrund zwei Ziele: Zum einen soll ein besseres Verständnis des Ausmaßes des Problems und insbesondere seiner Auswirkungen auf Baden-Württemberg erreicht werden. Zum anderen sollen die Ursachen für die Lieferengpässe sowie den Ressourcen- und Rohstoffmangel in Baden-Württemberg ergründet werden und daraus abgeleitet Lösungsmöglichkeiten sowie Aktivitäten der Landesregierung erörtert werden.

Stellungnahme*)

Mit Schreiben vom 2. August 2021 Nr. 34-4206.113/2 nimmt das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus im Einvernehmen mit dem Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft, dem Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen und dem Ministerium für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz zu dem Antrag wie folgt Stellung:

1. welche Erkenntnisse der Landesregierung zu aktuellen Lieferengpässen und einem Rohstoff- und Ressourcenmangel vorliegen, insbesondere bei Elektronikbauteilen inklusive Computerchips, Plastik, Papier, Holz und Metall;

Zu 1.:

Die Gründe für die aktuellen Lieferengpässe bei Rohstoffen und Vorprodukten sind je nach Produkt vielfältig. In erster Linie sind die Angebotsknappheit und die damit einhergehenden Preissteigerungen aber auf eine anhaltend hohe nationale und vor allem internationale Nachfrage, als Folge der schnellen weltweiten Konjunkturerholung, zurückzuführen. Hinzu kommen vor allem knappe Transport- und Logistikkapazitäten. Durch weitere Einzelereignisse wie die vorübergehende Blockade des Suez-Kanals, Extremwetterereignisse in den Vereinigten Staaten oder brandbedingte Ausfälle bei der Chipproduktion wurden darüber hinaus Lieferengpässe verstärkt.

Nach Angaben der Industrie- und Handelskammer (IHK) Region Stuttgart sind fast alle Branchen von Verzögerungen und Lieferengpässen betroffen, weil Engpässe bei Vorprodukten beispielsweise auf weiterverarbeitende Branchen ausstrahlen.

In Baden-Württemberg berichten laut einer Umfrage des Verbands Deutscher Maschinen- und Anlagenbau e. V. (VDMA) vom April 2021 44 Prozent der befragten Maschinen- und Anlagenbauer über merkliche oder gravierende Engpässe bei Elektrotechnik- und Elektronikkomponenten, die sich insbesondere in verlängerten Lieferzeiten bemerkbar machen.

Insbesondere die Fertigung von Elektronikbauteilen wie Mikroprozessoren und Leistungshalbleitern unterliegt einem komplexen Produktionsprozess, der einer schnellen Erweiterung der Produktionskapazitäten und damit einer raschen Ent-

*) Der Überschreitung der Drei-Wochen-Frist wurde zugestimmt.

spannung der Versorgungssituation entgegenwirkt. Die Halbleiter-Hersteller reagieren aktuell mit Investitionen in den Ausbau zusätzlicher Produktionskapazitäten.

Auch die metallverarbeitende Industrie sowie die Stahlhersteller in Deutschland vermelden zunehmend Lieferschwierigkeiten und steigende Kosten durch teilweise anziehende Rohstoffpreise.

Eine aktuelle Umfrage der Industrievereinigung Kunststoffverpackungen e. V. zeigt, dass sich die Preise vieler Standard-Kunststoffe um über 70 Prozent seit Jahresbeginn erhöht haben. Dabei spielen auch die gestiegenen Transport- und Logistikkosten eine Rolle. Zusätzlich bereitet die Verknappung wichtiger Kunststoffe durch die weiterhin sehr hohe Zahl von Anlagenausfällen bei den Kunststoffherstellern, den sog. Force-Majeure-Fällen, den Verpackungsherstellern erhebliche Probleme in der Produktion.

Die Druck- und Medienunternehmen klagen laut den Industrieverbänden Druck und Medien, Papier- und Kunststoffverarbeitung Baden-Württemberg (dmpi) über deutliche Preissteigerungen der Papierlieferanten. Diese wiederum verzeichnen ihrerseits stark gestiegene Rohstoff- und Logistikkosten, zum einen aufgrund des nachfragegetriebenen starken Anstiegs der Zellstoffpreise, zum anderen tragen auch hier geringe Transportkapazitäten im internationalen Seefrachtverkehr zu einer drastischen Erhöhung von Frachtraten bei. Laut den Verbänden verzeichnet der Verpackungspapierbereich zudem, auch durch den pandemiebedingt gestiegenen Onlinehandel, weiterhin eine hohe Nachfrage. Zeitgleich erreichten jedoch die inländischen Altpapierpreise aufgrund niedriger Altpapiererfassungsmengen bei den Entsorgungsunternehmen im Laufe des ersten Quartals 2021 Höchststände.

Die derzeitige Markt-Situation für Schnittholz ist das Ergebnis einer Vielzahl von Faktoren. Basierend auf der sehr hohen internationalen Nachfrage nach Nadel-schnittholz der letzten Monate sowie der damit einhergehenden Exporttätigkeit vieler europäischer Nadel-schnittholzproduzenten und -händler, sind die Lieferströme temporär gestört. Weitere Faktoren, wie beispielsweise ein weltweiter Bau-Boom sind hinzugekommen. Daher stieg die Nachfrage global und damit zusammenhängend erzielte auch der Nadel-schnittholzpreis international Rekordhöhen. In der Folge stieg dieser auch in Deutschland.

Die periodischen Waldinventuren zeigen einen stetig wachsenden Holzvorrat in den Wäldern von Baden-Württemberg auf. Grundsätzlich gibt es daher kein generelles Versorgungsproblem mit dem Rohstoff Holz. Die aktuell hohe und teilweise auch pandemiebedingte Nachfrage führt jedoch zu einem momentanen Kapazitätsengpass, der zu längeren Warte- und Lieferzeiten sowie gestiegenen Preisen führt.

2. wie sich der Preis sowie die Verfügbarkeit von internationalen Containerlieferungen, insbesondere aus Asien und via Schiffsverkehr, seit Anfang 2020 entwickelt haben;

Zu 2.:

Die Frachtkosten sowie die Verfügbarkeit von Containerlieferungen unterlagen im Zeitraum von Anfang 2020 zu Anfang 2021 international und auch zwischen Europa und Asien großen Veränderungen und Schwankungen. Nach Angaben der IHK Region Stuttgart haben sich die Frachtraten für eine Containersendung teilweise bis zu versechsfacht (Asien-Rotterdam 12.000 Euro statt 2.000 Euro). Wahrnehmbar ist dabei auch ein gewisses Ungleichgewicht bei den Frachtraten bei Hin- und Rückfahrt. Knappe Frachtkapazitäten von Asien nach Nordeuropa können dazu führen, dass die Transportkosten eines Containers nach Asien deutlich niedriger sind, als die Transportkosten in die umgekehrte Richtung.

3. welche Auswirkungen nach Kenntnis und/oder Einschätzung der Landesregierung diese Versorgungsengpässe auf Konjunktur, Arbeitsmarkt und Inflation in Baden-Württemberg im Jahr 2021 haben;

Zu 3.:

In der Gesamtschau deuten sowohl die produktionsnahen als auch die Stimmungsindikatoren für die baden-württembergische Wirtschaft darauf hin, dass die Konjunktur nach einem schwachen Winterhalbjahr mit dem zweiten Quartal 2021 deutlich an Dynamik gewonnen hat. Diese Dynamik wird auch in die zweite Jahreshälfte tragen. Die konjunkturelle Entwicklung ist jedoch auch Risiken ausgesetzt, zu denen u. a. die Knappheiten bei bestimmten Vorleistungsgütern im produzierenden Gewerbe zählen. Inwiefern diese Verwerfungen die Konjunktur abbremsen, lässt sich zum jetzigen Zeitpunkt nicht quantifizieren. Grundsätzlich tragen steigende Preise zu einer höheren Inflation bei. Inwiefern dadurch die geldpolitischen Ziele der Europäischen Zentralbank in nennenswerter Weise berührt werden, kann im Moment nicht beurteilt werden. Bei einem raschen weltwirtschaftlichen Aufschwung ist es allerdings zu erwarten, dass das Preisniveau bestimmter Güter kurzfristig anzieht. Dies ist zunächst unproblematisch und ein Signal der wirtschaftlichen Erholung.

Von den Auswirkungen auf die Wirtschaftsleistung ist es auch abhängig, wie stark der Anpassungsbedarf beim Produktionsfaktor Arbeit ausfällt. Die Knappheiten bei bestimmten Vorleistungsgütern und Rohstoffen wirken auf den Vorstufen preisstärkend, was letztlich zumindest teilweise auch in die Verbraucherpreise überwälzt werden wird. Da durch den Lockdown bedingte Beschränkungen Schritt für Schritt reduziert wurden und auch eine gewisse Überersparnis seitens der privaten Haushalte voraussichtlich abgebaut werden könnte, deutet sich an, dass der private Konsum anziehen könnte. Hierdurch würde nachfrageseitig ein zusätzlicher Impuls für temporäre Preissteigerungen entstehen und zugleich Investitions- und Produktionsanreize für die Unternehmen geschaffen.

4. welche Kenntnisse sie zu Produktionsunterbrechungen/Betriebsschließungen/Produktionsreduktion aufgrund von Lieferengpässen sowie Ressourcen- und Rohstoffmangel in Baden-Württemberg hat und inwiefern diesbezüglich Kurzarbeit angezeigt oder beantragt wurde;

Zu 4.:

Insgesamt berichten 29 Prozent der vom VDMA im April 2021 befragten Unternehmen im baden-württembergischen Maschinen- und Anlagenbau, dass die Engpässe in den Zulieferungen zu merklichen oder gravierenden Produktionsbehinderungen führen.

In direkter Folge der Covid-19-Pandemie brachen laut einer von der Landesagentur e-mobil BW beauftragten Studie sowohl Nachfrage als auch Absatz auf dem globalen Pkw-Markt ein. Die Covid-19-bedingten Schließungen von Produktionswerken führten zu weltweiten Produktionsausfällen der Automobilhersteller. Im ersten und zweiten Quartal 2020 verringerte sich die Automobilproduktion insgesamt um ca. 9,6 Prozent (ca. 7,7 Millionen Fahrzeuge) und entsprechend wurden Bedarfe für Zulieferteile von den Fahrzeugherstellern in Kapazitätsplanungen reduziert – so auch von Elektronik-Bauteilen und Halbleitern. Ende des Jahres 2020 stieg die Nachfrage aber überraschend schnell an – insbesondere getrieben durch eine Erholung auf dem chinesischen Automobilmarkt und durch die mit der Innovationsprämie verbundene höhere Attraktivität von E-Fahrzeugen.

Gleichzeitig stieg während der Covid-19-Pandemie die Nachfrage nach Unterhaltungselektronik (z. B. Smartphones, Spielekonsolen, Fernsehgeräte) an, was zu einer veränderten Priorisierung und Umschichtung der Kapazitäten bei Halbleiter-Produzenten hin zu IT- und Unterhaltungselektronik-Abnehmern führte. Dies sorgte in Konsequenz u. a. dafür, dass Engpässe bei der Produktion und Lieferung von Elektronik-Bauteilen für die Automobilindustrie ab dem vierten Quartal auftraten. Zulieferer waren dabei besonders betroffen.

Der Landesregierung ist bekannt, dass es seit Jahresbeginn verstärkt zu Preissteigerungen bei Vorprodukten und Materialien sowie zu Lieferengpässen im Bau- und Ausbauhandwerk kommt sowie ein damit verbundener Rückgriff auf das Instrument Kurzarbeit erfolgt bzw. von den Handwerksbetrieben angedacht ist. Aktuell jedoch noch auf niedrigerem Niveau.

Nach dem Konjunkturbericht des Baden-Württembergischen Handwerkstages (BWHT) verzeichnen im ersten Quartal 80 Prozent der Bau- und Ausbaubetriebe Steigerungen bei den Einkaufspreisen. Nach der L-Bank-Konjunkturumfrage vom April war knapp jeder zweite Betrieb aus dem Verarbeitenden Gewerbe (46 Prozent) durch Materialknappheit eingeschränkt, genauso wie jeder fünfte Baubetrieb. Von Lieferengpässen betroffen sind insbesondere Holz- und Holzprodukte, Kunststoffe, chemische Produkte, Metalle und Metallprodukte sowie elektrische Bauteile und Chips. Dem BWHT sind zwar Berichte einiger Betriebe bekannt, dass bereits Kurzarbeit angemeldet wurde bzw. dies geplant sei, wenn sich die Situation nicht schnell ändert. Jedoch liegen dem BWHT hierzu keine belastbaren Zahlen vor.

Auch die Betriebsbefragung zur Covid-19-Pandemie des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks (ZDH) vom Juni 2021 hat ergeben, dass 61 Prozent der Handwerksbetriebe, gerade in den Bau- und Ausbaugewerken und den Handwerken für den gewerblichen Bedarf, von der eingeschränkten Verfügbarkeit von Rohstoffen, Materialien oder Vorprodukten berichten.

Die Statistik der Bundesagentur für Arbeit liefert aktuell noch keine Hinweise für eine verstärkte Zunahme der Kurzarbeit im Baugewerbe. In der Statistik wird zunächst zwischen angezeigter und realisierter Kurzarbeit unterschieden. Bei der angezeigten Kurzarbeit handelt es sich um eine Absichtserklärung. Die realisierte Kurzarbeit gibt demgegenüber Auskunft über die tatsächliche Inanspruchnahme von Kurzarbeit. Endgültige Ergebnisse über realisierte Kurzarbeit liegen erst mit Zeitverzögerung vor (dreimonatige Frist für die Anträge bei den Betrieben sowie einer Bearbeitungszeit mit einer Wartezeit von fünf Monaten). Aktuell liegen erst aussagekräftige Zahlen bis Dezember 2020 vor. Aus den Hochrechnungen der Bundesagentur für Arbeit für die konjunkturell bedingte Kurzarbeit lässt sich jedoch eine Tendenz für das Bauhauptgewerbe ablesen.

Wie viele dieser Betriebe tatsächlich Kurzarbeit realisieren, kann noch nicht beziffert werden. Die Inanspruchnahme der Kurzarbeitergeldregelung bleibt im Normalfall allerdings deutlich hinter dem Volumen der Anzeigen zurück.

Den Daten und Informationen der Bundesagentur für Arbeit können folgende Zahlen zur angezeigten Kurzarbeit in Baden-Württemberg entnommen werden:

angezeigte konjunkturelle Kurzarbeit 2021 nach § 96 SGB III						
Anzeigen der Betriebe	Jan 21	Feb 21	Mrz 21	Apr 21	Mai 21	Jun 21 ¹⁾
Hochbau	21	11	22	57	35	19
Tiefbau	10	5	14	43	29	*
Vorb.Baust.arb. ²⁾	396	361	220	275	223	113

¹⁾ vorläufige Daten

²⁾ Vorbereitende Baustellenarbeiten, Bauinstallation und sonstige Ausbaugewerbe

angezeigte konjunkturelle Kurzarbeit 2021 nach § 96 SGB III						
Personen in den Anzeigen	Jan 21	Feb 21	Mrz 21	Apr 21	Mai 21	Jun 21 ¹⁾
Hochbau	115	98	211	584	365	139
Tiefbau	95	54	869	1.194	704	6
Vorb.Baust.arb. ²⁾	1939	1.734	1.376	1.863	1.227	657

¹⁾ vorläufige Daten

²⁾ Vorbereitende Baustellenarbeiten, Bauinstallation und sonstige Ausbaugewerbe

Im Hinblick auf die über 60.000 Betriebe des Bau- und Ausbaugewerbes mit über 300.000 Beschäftigten bewegt sich die angezeigte Kurzarbeit aktuell auf einem niedrigen Niveau.

5. welche Auswirkungen diese Lieferengpässe sowie der Ressourcen- und Rohstoffmangel auf den Bausektor haben, insbesondere hinsichtlich der Preisentwicklung im Wohnungsbau;

Zu 5.:

Die Landesregierung beobachtet die Auswirkungen der beschriebenen Phänomene gerade auf den Bausektor aufmerksam und steht dazu mit Vertretern der Bauwirtschaft in Kontakt. Die Preisentwicklung im Wohnungsbau wird durch die aktuelle Entwicklung bedauerlicherweise nachteilig beeinflusst. Nähere Aussagen zur Quantifizierung der dadurch ausgelösten Preissteigerungen im Land sind der Landesregierung aktuell nicht möglich.

Nach Auskunft des Statistischen Bundesamts (Destatis) stiegen die Erzeugerpreise für Baustoffe wie Holz, Stahl oder Dämmmaterialien zuletzt deutlich. Konstruktionsholz verteuerte sich beispielsweise im Mai 2021 um 83,3 Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat, Dachlatten um 45,7 Prozent und Bauholz um 38,4 Prozent. Nicht nur die gestiegenen Holzpreise, auch die Stahlpreise treiben nach Angaben des Statistischen Bundesamts die Kosten in die Höhe. Betonstahl in Stäben war demnach im Mai 2021 um 44,3 Prozent teurer, Betonstahlmatten kosteten 30,4 Prozent mehr als im Mai 2020. Jedoch verzeichneten die US-Schmitt Holzpreise in den vergangenen acht Wochen erhebliche Preiseinbrüche von bis zu 60 Prozent, sodass mit einer deutlichen Entspannung für den Holzbaubereich für die zweite Jahreshälfte 2021 gerechnet wird (Quelle: Holzkurier vom 16. Juli 2021).

6. welche Unterschiede nach ihrer Kenntnis bei den Auswirkungen zwischen Baden-Württemberg und anderen Bundesländern aufgrund der industrie- und exportorientierten Wirtschaftsstruktur in Baden-Württemberg bestehen;

Zu 6.:

Da das verarbeitende Gewerbe in Baden-Württemberg einen höheren Anteil an der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung aufweist als dies für Deutschland insgesamt der Fall ist, wären für das Land auch stärkere Auswirkungen zu erwarten. Da produktionsnahe Indikatoren differenziert nach den Ländern bislang nur bis April 2021 vorliegen, lässt die Datenlage jedoch noch keine verlässliche Identifikation etwaiger länderspezifischer Unterschiede der Industriekonjunktur zu.

7. inwiefern die Landesregierung eine unterschiedliche Betroffenheit bei mittelständischen Unternehmen im Vergleich zu Großkonzernen feststellen kann, bspw. aufgrund von Lagerkapazitäten, Einkaufsvolumen und -macht oder Fertigungstiefe;

8. inwiefern die Landesregierung in der Vergangenheit versucht hat, solche etwaigen Unterschiede durch Förderungen, Beratungen oder Initiativen auszugleichen, bspw. durch die Schaffung von Einkaufsplattformen, gemeinsamen Logistikkonzepten oder zentralen, übergreifenden Lagerkapazitäten;

Zu 7. und 8.:

Zu den Ziffern 7 und 8 wird aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam Stellung genommen.

Die Landesregierung berücksichtigt in ihren Aktivitäten stets auch die speziellen Bedürfnisse von kleineren und mittleren Unternehmen (KMU) und strebt an, rein größenbedingte Nachteile auszugleichen. Auf Grundlage des Gesetzes zur Mittelstandsförderung wurden vielfältige wirtschaftspolitische Maßnahmen ergriffen, um KMU zu stärken.

In Bezug auf die Beschaffung von Rohstoffen wurde mit der Deutschen Rohstoffagentur (DERA) in der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) auf Bundesebene eine eigene Stelle eingerichtet, um Unternehmen bei Fragen in Bezug auf die Beschaffung von Rohstoffen zu beraten. Die Angebote der DERA werden dem Vernehmen nach von größeren Unternehmen gut angenommen. KMU hätten dagegen bisher weniger auf die Angebote zugegriffen. Das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus hat sich daher entschlossen, die Angebote der DERA insbesondere bei dem KMU stärker im Land bekannt zu machen (u. a. Vorstellung der DERA bei Verbänden, Landesagenturen sowie Übernahme von Vorträgen der DERA auf Veranstaltungen). Neben der Verbreitung der Angebote der DERA wurden auch für KMU potenziell besonders relevante Themen, wie z. B. Einkaufsplattformen, bereits im Rahmen der früheren Akteursplattform Ressourceneffizienz zur Entwicklung der Landesstrategie Ressourceneffizienz adressiert und mit interessierten Unternehmen diskutiert.

9. was genau zu diesem Thema bei der Wirtschaftsministerkonferenz am 12. Mai besprochen wurde, insbesondere hinsichtlich den laut Medienberichten geäußerten Forderungen der Wirtschaftsminister Wolfgang Tiefensee und Anke Rehlinger nach einem Exportstopp von Rohstoffen und wie dies die Landesregierung bewertet;

10. ob es zutreffend ist, dass auf o. g. Wirtschaftsministerkonferenz vereinbart wurde, bis zur nächsten Sitzung des Gremiums am 17. und 18. Juni 2021 eine Analyse der Ursachen des Rohstoffmangels sowie Vorschläge zu seiner Lösung vorzulegen, und wenn ja, was die Ergebnisse der Ursachenanalyse sowie die Lösungsvorschläge genau sind;

Zu 9. und 10.:

Zu den Ziffern 9 und 10 wird aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam Stellung genommen.

Die Länder sehen die aktuellen Preissteigerungen und Lieferschwierigkeiten vieler wichtiger Rohstoffe und Vorprodukte als ernstes Problem für die wirtschaftliche Erholung der deutschen Wirtschaft. Daher wurde das Thema auch im Rahmen der Besprechung der Wirtschaftsministerkonferenz mit dem Bundeswirtschaftsminister am 12. Mai 2021 angesprochen. Ein Beschluss wurde in diesem Rahmen jedoch nicht gefasst.

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) wurde zudem gebeten, zur Wirtschaftsministerkonferenz am 17./18. Juni 2021 zum Thema insgesamt zu berichten.

Anlässlich der Wirtschaftsministerkonferenz am 17./18. Juni 2021 hatte das BMWi u. a. zu den Preissteigerungen und Lieferschwierigkeiten bei Rohstoffen und Auswirkungen auf die Bauwirtschaft berichtet. Die zeitweiligen Beeinträchtigungen der globalen Lieferketten, Nachfrageverschiebungen während der Pandemie, regulatorische Markteingriffe und der wachsenden Nachfrage nach Rohstoffen für eine klimaneutrale Wirtschaft, werden beispielsweise im Beschluss der Wirtschaftsministerkonferenz am 17./18. Juni 2021 als Ursachen für die Lieferengpässe und den damit einhergehenden Preissteigerungen benannt.

Dem veröffentlichten Beschluss zu Tagesordnungspunkt 14 „Auswirkungen der steigenden Rohstoffpreise auf die wirtschaftliche Erholung der deutschen Wirtschaft“ der Wirtschaftsministerkonferenz am 17./18. Juni 2021 (https://www.wirtschaftsministerkonferenz.de/WMK/DE/termine/Sitzungen/21-06-17-18-termin-wmk.html?jsessionid=4F22E5693B4A4B202241083F74816953.1_cid374?nn=4812786) kann zudem entnommen werden, dass die Wirtschaftsministerkonferenz faire und offene Märkte und den Abbau von Handelsbeschränkungen für die Wettbewerbsfähigkeit und Resilienz des Wirtschaftsstandorts Deutschland für unerlässlich hält, da der überwiegende Teil der von Lieferengpässen und Preissteigerungen betroffenen Rohstoffe und Vorprodukte importiert werden muss.

Offene Märkte und freier Handel stellen eine wesentliche Voraussetzung für Wachstum, Beschäftigung und den sicheren Zugang heimischer Unternehmen auf den Absatzmärkten dar. Daher betrachtet auch die Landesregierung Exportbeschränkungen als kein geeignetes Mittel. Entsprechende Forderungen wurden von der Wirtschaftsministerkonferenz auch nicht beschlossen.

11. welche Bedeutung für den Rohstoff- und Ressourcenmangel sie in protektionistischen Maßnahmen anderer Länder, in kartellartigen Marktstrukturen sowie in Reise- und Lieferbeschränkungen aufgrund der Coronapandemie sieht;

Zu 11.:

Wettbewerbsbeschränkungen der genannten Art verteuern die Produktion und reduzieren die Nachfrage, da Preissteigerungen auf den Vorstufen zumindest teilweise in die Verbraucherpreise überwälzt werden. Lieferbeschränkungen aufgrund von Knappheiten wirken auf ähnliche Weise zunächst als angebotsseitige gesamtwirtschaftliche Störung, die dann auch die Güternachfrage reduziert. Daher liegt der Zugang zu internationalen Beschaffungs- und Absatzmärkten im besonderen Interesse des Landes.

Der Landeskartellbehörde Baden-Württemberg liegen derzeit keine konkreten Hinweise für möglicherweise faktisch abgestimmtes Verhalten innerhalb des Binnenmarktes vor.

12. welche sonstigen Gründe und damit auch Einflussmöglichkeiten für die Landespolitik sie sieht, um den Ressourcen- und Rohstoffmangel aktuell abwehren und zukünftig verhindern zu können;

Zu 12.:

Verschiedene Faktoren führen wie vorstehend ausgeführt zu den derzeitigen weltweiten Lieferengpässen, wobei sowohl die schnelle Konjunkturbelebung und akut wirkende Störfälle, als auch längerfristig wirkende Rahmenbedingungen Einfluss auf Produktionsvolumina und Verfügbarkeit von Rohstoffen haben (siehe auch Antwort zur Frage bei Ziffer 1).

Resiliente Lieferketten und eigene Produktionskapazitäten sind essentiell, um Rohstoffbedarfe des Landes zu decken. Die Landesstrategie Ressourceneffizienz verfolgt u. a. das Ziel, Ressourcen- und Rohstoffmangel zu vermeiden. Dazu wurden ca. 30 unterschiedliche Maßnahmen ergriffen, um ressourcenschonendes Wirtschaften zu fördern. Durch die sparsame und effiziente Verwendung von Primär- und Sekundärrohstoffen, eine verstärkte Kreislaufführung von Rohstoffen, Produkten und Bauteilen, die Substitution von Rohstoffen, den Einsatz von bioökonomischen Verfahren sowie eine Überprüfung der Lieferketten steigt die Resilienz der Unternehmen in Baden-Württemberg.

Die Außenwirtschaftsförderung des Landes leistet seit Jahren einen wichtigen Beitrag zur Internationalisierung der Wirtschaft. Insbesondere mittelständische Unternehmen werden bei der Erschließung neuer Märkte im Ausland und bei der Suche nach Kooperationspartnern unterstützt. Diese Angebote, wie auch die Angebote der Wirtschaftsakteure und von Baden-Württemberg International (BW_i), dienen dabei ebenfalls der Sicherung der Lieferketten. Die konkrete Ausgestaltung und Ausdifferenzierung der Lieferketten liegen jedoch letztendlich im Verantwortungsbereich der Unternehmen.

Des Weiteren hat das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus bereits im Mai 2020 die „Kontaktstelle Lieferketten“ als Ansprechpartner institutionalisiert. Die Kontaktstelle wird zusammen mit der im Bereich Außenwirtschaft federführenden IHK Stuttgart, die für die Direktansprache der Unternehmen zuständig ist, durchgeführt. Aktuelle aufkommende Themen im Bereich Einschränkungen im Personen-, Waren- und Dienstleistungsverkehr sowie Lieferengpässe von Rohstoffen werden zeitnah in den regelmäßig tagenden Konferenzen gegenüber dem federführenden BMWi adressiert.

Nachfolgend sind beispielhaft ausgewählte thematische Schwerpunkte und damit verbundene Aktivitäten der Landesregierung aufgeführt:

Batterien und Elektroaltgeräte

Die steigende Nachfrage beispielsweise nach großen Lithium-Ionen-Batterien für den Verkehrs- und Energiesektor führt zu einem sehr schnell ansteigenden Bedarf an Rohstoffen. Die heute verfügbaren Recyclingverfahren gewinnen allerdings bislang nur einige Metalle zurück. Als Beitrag zur Vermeidung von Engpässen und Preisrisiken bei der Rohstoffversorgung prüft das Zentrum für Sonnenenergie- und Wasserstoff-Forschung Baden-Württemberg (ZSW) in dem Projekt „RecycleMat“, wie sich Batterieelektroden wiederaufarbeiten lassen, sodass Materialien möglichst vollständig rückgewonnen und direkt als Rohstoff für die Herstellung neuer Elektrodenmassen eingesetzt werden können. Das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus fördert die Studie über zwei Jahre mit über 870.000 Euro.

Das im Rahmen des Strategiedialogs Baden-Württemberg geförderte Verbundprojekt „DeMoBat“ unter Federführung des Fraunhofer-Institut für Produktionstechnik und Automatisierung (IPA) beschäftigt sich mit der Entwicklung eines Linienkonzepts für die automatisierte Demontage von Batteriemodulen und elektrischen Antriebsaggregaten mit dem Ziel einer optimierten Rückgewinnung von wirtschaftsstrategischen Rohstoffen wie Kobalt, Nickel, Mangan, Lithium und Seltenen Erden.

Mit der Novellierung des Elektro- und Elektronikgerätegesetzes (ElektroG) auf Bundesebene wurden die Sammelstrukturen erweitert und so die Rückgabemöglichkeiten für Altgeräte verbessert. Mit den Änderungen im Batteriegesetz wurde das Mindestsammelziel für Gerätealtbatterien erhöht. Eine weitere deutliche Erhöhung von Rohstoffen aus Altbatterien wird durch die geplante EU-Batterieverordnung erwartet. Hier sollen die Mindestsammelquoten und die Vorgaben für die Recyclingeffizienzen wesentlich angehoben werden. Erstmals sollen nicht nur generelle Quoten festgelegt werden, sondern auch für einzelne kritische Stoffe, wie z. B. Kobalt oder Lithium.

Recycling von Kunststoffen

Auch im Kunststoffbereich kann die verbesserte Verfügbarkeit von Rezyklaten (sekundäre Rohstoffe) in hochwertiger Qualität Ressourcen- und Rohstoffmangel reduzieren. Aufgrund der fehlenden Rechtsetzungskompetenz kann die Landesregierung die rechtlichen Rahmenbedingungen zwar nicht ändern und direkt tätig werden, allerdings kann sie im Rahmen ihrer Möglichkeiten über den Bundesrat Einfluss nehmen. So wurde von Brandenburg und Baden-Württemberg eine gemeinsame Umweltministerkonferenz-Sonderarbeitsgruppe initiiert, die sich ausschließlich mit der Stärkung des Rezyklateinsatzes beschäftigen soll (RESAG). Ausgangspunkt war die Dysfunktionalität des Rezyklatmarktes. Unter Einbeziehung relevanter Akteure aus Wirtschaft und Verbänden sollen hier in vier unterschiedlichen Arbeitspaketen bis Jahresende Lösungsvorschläge erarbeitet werden, die kurzfristig umsetzbar sind und den Einsatz von Rezyklaten verbessern. Dabei werden so vielschichtige Problematiken wie beispielsweise Fragen des Designs for Recycling, der Normung, effizienter Recyclingverfahren oder der tatsächlichen Einsetzbarkeit von Rezyklaten in verschiedenen Produktsegmenten (z. B. Kosmetik und Reinigungsmittel, Automobilindustrie, Elektrogeräte) beleuchtet.

Ein weiteres bislang ungenutztes Potenzial bieten stoffgleiche Nichtverpackungen aus dem Post-Consumer-Bereich, die bislang über den Stoffstrom Restmüll thermisch verwertet werden. Das Land Baden-Württemberg setzt sich seit Jahren für eine einheitliche Wertstofffassung ein. Bisher konnte jedoch nur das Verpackungsgesetz (VerpackG) verabschiedet werden, das in einigen Bereichen zwar zu Verbesserungen führt, aber das Potenzial einer hochwertigen Verwertung stoffgleicher Nichtverpackungen nicht ausschöpft.

Darüber hinaus kann die Landesregierung durch verstärkte Öffentlichkeitsarbeit das Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger für Ressourcenschonung und Kreislaufwirtschaft schärfen, um jeden Einzelnen zum sparsamen Umgang mit Kunststoffen anzuhalten. So hat das Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg in der ersten Jahreshälfte 2021 bereits zwei Basis-Seminare zum Thema „Nachhaltiger Konsum“ für Verbraucherinnen und Verbraucher sowie am Thema Interessierte durchgeführt. Daneben fand am 5. Juli 2021 eine Fachveranstaltung unter dem Titel „Highway oder Holzweg – chemisches Recycling von Kunststoffen“ statt, die mit über 250 Teilnehmern aus 13 Ländern überaus große Beachtung fand. Weiterhin ist am 17. September 2021 der Kongress „Plastikverhütung 2.0“ vorgesehen, der der Information der breiten Öffentlichkeit dienen soll. Ergänzt wird das Bildungsangebot ab November 2021 von zwei weiteren Basis-Seminaren „Nachhaltiger Konsum“.

Außerdem erscheint in Kürze ein „Kunststoff-Sparbüchle“, das als zielgruppenorientierte Publikation Bürgerinnen und Bürgern bestehende Problemfelder aufzeigen, Wissen transportieren und als Leitfaden bzw. Handlungshilfe für einen kunststoff- und verpackungsarmen Alltag werben soll.

Bauabfallrecycling

Bau- und Abbruchabfälle werden heute zu großen Teilen fast vollständig verwertet. Sie substituieren Primärrohstoffe zum Beispiel im Straßen und Wegebau, im sonstigen Erdbau, in Asphaltmischanlagen oder als Betonzuschlagsstoff. Durch das Recycling von mineralischen Abfällen und der Herstellung von Recyclingbaustoffen kann der Anteil des Bedarfs der Bauindustrie an mineralischen Baustoffen zu 11 Prozent gedeckt werden.

Mit der Ablösung des Landesabfallgesetzes (LAbfG) durch das Landes-Kreislaufwirtschaftsgesetz (LKreiWiG) am 31. Dezember 2020 kann verstärkt darauf hingewirkt werden, dass der Marktzugang von Recyclingbaustoffen weiter verbessert wird. Dafür bietet besonders die öffentliche Hand aufgrund ihrer Vorbildfunktion bei der Ausschreibung von Bauleistungen und dem umfangreichen Gesamtvolumen öffentlich-rechtlicher Baumaßnahmen einen wichtigen Ansatzpunkt. In das LKreiWiG wurde deswegen für Baumaßnahmen der öffentlichen Hand eine konkretisierende Spezialregelung zum verstärkten Einsatz von Recyclingbaustoffen aufgenommen. Während § 2 Absatz 3 LKreiWiG die schon im bisherigen Landesabfallgesetz geltende Pflicht zur vorzugsweisen Verwendung von Recyclingmaterialien allgemein regelt, enthält der neue Absatz 4 eine Grundsatzregelung mit Vorbildcharakter für den Bereich des Bauens der öffentlichen Hand bei nicht unerheblichen Baumaßnahmen. Danach sind die erforderlichen Bauleistungen so zu planen und auszuschreiben, dass geeignete und gütegesicherte Recyclingbaustoffe gleichberechtigt mit Baustoffen angeboten werden können, die auf der Basis des Einsatzes von Primärrohstoffen hergestellt wurden. Ebenfalls sind bei der Ausführung von nicht unerheblichen Baumaßnahmen der öffentlichen Hand vorrangig Recyclingbaustoffe oder Recyclingbeton zu verwenden.

Um die Situation weiter zu verbessern, hat die Landesregierung neben ihren gesetzlichen Initiativen die Thematik auch bei geförderten Pilotprojekten wie beispielsweise zum R-Beton (ressourcenschonender Beton) im Blick und setzt sich besonders bei Architektinnen und Architekten, Bauplanungsbüros und Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern der Bauverwaltung für eine hochwertige Nutzung von Recyclingbaustoffen ein. Damit kann nicht nur die Ressourceneffizienz im Bauwesen verbessert werden, der heimischen Bau- und Recyclingwirtschaft werden möglicherweise interessante neue Marktchancen bei Produktion und Vertrieb innovativer und hochwertiger Recyclingbaustoffe erschlossen.

Phosphor-Rückgewinnung

Auch bei der Rückgewinnung des Elements Phosphor ist das Land aktiv. Bei einer aus heutiger Sicht realistischen Phosphor-Rückgewinnungsquote von 70 Prozent könnten in Baden-Württemberg pro Jahr insgesamt etwa 5.500 Tonnen Phosphor aus kommunalen Klärschlämmen gewonnen werden. Damit ließen sich theoretisch knapp 50 Prozent der derzeit im Land mit mineralischen Düngemitteln

zugeführten Phosphormenge abdecken und der Import von mineralischem Phosphordünger könnte entsprechend verringert werden. Um eine Infrastruktur zur Phosphor-Rückgewinnung im Land aufzubauen, unterstützt das Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Kommunen und Klärschlamm Entsorgungsunternehmen beim Aufbau und der Weiterentwicklung von Anlagen zur Rückgewinnung von Phosphor aus Klärschlamm und aus der Asche von Klärschlamm-Monoverbrennungsanlagen im Rahmen des Operationellen Programms – Innovation und Energiewende – des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE).

13. inwiefern sie eine Autonomie oder geografische Diversifizierung in der Versorgung bei strategisch wichtigen Gütern, bspw. Medizinprodukte, Medikamente (bspw. Impfstoffe), Computerchips, Elektrobatterien, Seltene Erden, etc., als erstrebenswertes politisches Ziel ansieht, sowohl auf Landes-, Bundes- als auch europäischer Ebene;

Zu 13.:

Medizinprodukte/Medikamente

Die Wertschöpfungs- und Lieferketten sowie die Bedarfe im Gesundheitsbereich sind vielfältig. Insofern ist es schwer vorherzusehen, welche strategisch wichtigen Güter für plötzlich auftretende zukünftige Notlagen grundsätzlich und immer gebraucht werden. Einschränkungen von globalen Handelsbeziehungen aufgrund von „Autonomiebestrebungen“ könnte sich auf die Exportstärke der deutschen Wirtschaft, insbesondere auch für die Gesundheitsindustrie, negativ auswirken. Daher haben sich auch Unternehmen der Gesundheitswirtschaft im Land insbesondere aufgrund der Erfahrungen in der Pandemie darauf konzentriert, ihre Lieferketten an sich resilienter zu machen, indem jetzt immer mehrere Zulieferer für ein Produkt aus der Lieferkette angestrebt werden. Das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus wiederum unterstützt seine Unternehmen in der entsprechend notwendigen Vernetzung, z. B. für den Gesundheitsbereich im Forum Gesundheitsstandort Baden-Württemberg, und versucht, die entsprechenden Rahmenbedingungen zu optimieren und gegebenenfalls Anreize zu schaffen, damit die Wirtschaftsakteure mit unternehmerischer Eigenverantwortung und in einem Wirtschaftssystem der sozialen Marktwirtschaft in einem internationalen Wettbewerb mit entsprechender Qualität und Preisgestaltung möglichst vielfältige Produkte entwickeln, produzieren und erfolgreich anbieten können.

Computerchips

Aufgrund der Lieferprobleme bei Halbleitern will das Land baden-württembergische Unternehmen im Rahmen des sogenannten „Important Project of Common European Interest“ (IPCEI) „Mikroelektronik und Kommunikationstechnologien“ zur Entwicklung neuer Komponenten, wie Prozessoren, Speicherbausteinen und Leistungshalbleitern sowie Kommunikationstechnologien, unterstützen. Im Rahmen der IPCEI plant die Bundesregierung, Forschungs- und Investitionsvorhaben bis zur ersten gewerblichen Nutzung („first industrial deployment“) im Rahmen der IPCEI-Beihilfenotifizierung der EU zu fördern. Ziel des IPCEI „Mikroelektronik und Kommunikationstechnologien“ ist es, Lieferketten von Schlüsselprodukten für den Fahrzeugbau und andere Branchen wie dem Maschinen- und Anlagenbau, batteriebetriebene Arbeitsgeräte, Medizintechnik etc. abzusichern, da für viele Innovationen in den Anwenderbranchen Halbleiterprodukte und Mikroelektronik eine wichtige Rolle spielen.

Elektrobatterien

Batterietechnologie ist eine Schlüsseltechnologie, die über alle Bereiche der industriellen Wertschöpfung unentbehrlich sein wird. Gerade innovative KMU im produzierenden Gewerbe und sog. Hidden Champions könnten daher in Zukunft für unterschiedlichste, heute noch nicht bekannte Anwendungen Batterien nachfragen. Im Vergleich zu den heute am Markt dominierenden Massenherstellern in Asien mit hochgradig standardisierten Batteriezell-Designs könnten lokale, inno-

vative Batteriezellfertiger wichtige Ansprechpartner für diese Unternehmen sein, um beispielsweise maßgeschneiderte Batterielösungen für Spezialanwendungen anzubieten und damit gleichzeitig die Abhängigkeit von asiatischen Herstellern zu begrenzen. Dies wäre ein wichtiger Wettbewerbsvorteil für den Standort Baden-Württemberg insgesamt.

Der Aufbau einer Batteriezellfertigung in Baden-Württemberg kann auch einen wichtigen Beitrag leisten, um wegfallende Wertschöpfung und Arbeitsplätze im Bereich der Verbrennungsmotoren durch neue Wertschöpfung und Arbeitsplätze in Zukunftsfeldern zu kompensieren.

Es ist daher eine industriepolitische Aufgabe ersten Ranges, einen nennenswerten Anteil der Wertschöpfung bei der Herstellung von Batterien langfristig in Baden-Württemberg zu sichern und ein international wettbewerbsfähiges Ökosystem aus Batteriezellherstellern, Zulieferern, Anwendern, Forschungseinrichtungen, Dienstleistern sowie Start-ups in diesem Themenfeld aufzubauen.

Die Landesregierung fördert daher intensiv den Aufbau einer Batteriezellfertigung im Land. Die finanzielle Beteiligung an der Fördermaßnahme IPCEI „Batteriezellfertigung“ spielt hier eine zentrale Rolle. Darüber hinaus werden erhebliche Anstrengungen unternommen, um die wirtschaftsnahe Forschung im Bereich Batterien weiter zu stärken.

Seltene Erden

In Bezug auf Seltene Erden ist eine Diversifizierung der Versorgung grundsätzlich ein sinnvolles Ziel. Es stehen jedoch noch weitere strategische Handlungsmöglichkeiten zur Verfügung: Es könnten auch Maßnahmen ergriffen werden, die eine Substitution von Seltenen Erden erleichtern. Zudem besteht auch die Möglichkeit, die Hürden für einen potenziellen Markteintritt zur Bereitstellung Seltener Erden möglichst niedrig zu halten, um eine möglichst schnelle Reaktion auf eventuelle Lieferengpässe zu ermöglichen. Die Bewertung der verschiedenen Handlungsmöglichkeiten muss auch berücksichtigen, dass die Seltenen Erden eine Gruppe aus 17 Elementen umfassen, die sich in ihrer wirtschaftlichen Bedeutung sowie ihrem Vorkommen teils deutlich unterscheiden. Weiterhin muss berücksichtigt werden, dass Unternehmen Seltene Erden häufig als weiterverarbeitete Raffinade- oder Handelsprodukte benötigen. Maßnahmen zur Erhöhung der Autonomie und der geografischen Diversifizierung müssen daher neben dem Rohstoffabbau auch die nachfolgenden Schritte in der Wertschöpfungskette adressieren. Vor diesem Hintergrund ist eine pauschale Bewertung nicht zielführend.

14. was ihre Pläne für die im Koalitionsvertrag angekündigte Wiederaufnahme des Rohstoffdialogs Baden-Württemberg sind, insbesondere hinsichtlich federführendem Ministerium, Zeitrahmen, beteiligten Dialogpartnern, Gründe für die Wiederaufnahme sowie Zielsetzungen des Dialogs;

Zu 14.:

Das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus verantwortet federführend den Rohstoffdialog Baden-Württemberg. Der Rohstoffdialog soll gemeinsam mit den betroffenen Akteuren aus Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft, hier insbesondere Gewerkschaften, geführt werden. Es ist vorgesehen, die weitere Planung, einschließlich Zeitrahmen, gemeinsam mit den beteiligten Akteuren zu diskutieren. Die Wiederaufnahme des Rohstoffdialogs wurde beschlossen, um die bestehenden Herausforderungen im Rohstoffbereich direkt mit den betroffenen Akteuren zu diskutieren und gemeinsam Maßnahmen zu entwickeln, die dazu beitragen, dass eine sichere, nachhaltige und finanzierbare Rohstoffversorgung am Standort Baden-Württemberg zu jedem Zeitpunkt gewährleistet ist.

15. inwiefern sich der ThinkTank Industrielle Ressourcenstrategien mit der Thematik Lieferketten- und Versorgungssicherheit beschäftigt hat oder dies zukünftig tun wird, und welche Erkenntnisse ggf. dazu bereits vorliegen.

Zu 15.:

Der THINKTANK Industrielle Ressourcenstrategien verfolgt das Thema Lieferketten- und Versorgungssicherheit in einem seiner fünf Themenschwerpunkte: „Resiliente Rohstoffversorgung und Ressourcensicherung sowie Anforderungen an die industrielle Infrastruktur einer Circular Economy“.

Unter diesem Themenschwerpunkt werden die nachfolgend benannten Projekte bearbeitet, die zu einer resilienten Rohstoffsicherung und -versorgung für Baden-Württemberg, Deutschland und Europa beitragen sollen:

- Weltweite vergleichende Analyse der Strategien zur Sicherung der Rohstoffversorgung
- Technologie- und Trendanalyse für einen zukünftigen „minimalinvasiven“ Bergbau
- Wirtschaftsstrategische Rohstoffe der E-Mobilität – Analyse zur Entwicklung der Batteriechemie und ein strategischer Ansatz für Demontage und Recycling
- Potenziale der Lithium-Gewinnung in Europa und Deutschland für die Batterieproduktion unter Berücksichtigung neuester Technologien

Die Ergebnisse der Analyse von Rohstoffstrategien verschiedener Industriestaaten wurden in der THINKTANK-Broschüre „Ist die deutsche Ressourcenstrategie resilient? Bergbau | Verhüttung | Recycling“ veröffentlicht.

Für die resiliente Versorgung und Vermeidung von Lieferengpässen von Rohstoffen wurde eine Handlungsempfehlung für Unternehmen am Beispiel der Rohstoffe für die Batterieproduktion erarbeitet und ebenfalls in Form einer Broschüre mit dem Titel „Resiliente Rohstoffversorgung und verantwortliche Lieferketten für die Industrie – Handlungsempfehlungen für die Beschaffung von primären Rohstoffen für die Batterieherstellung“ veröffentlicht.

Beide Broschüren wie auch weitere Publikationen des THINKTANK Industrielle Ressourcenstrategien sind auf der Internetseite des THINKTANK unter der Internetadresse www.thinktank-irs.de abrufbar.

Die weiteren Studien des THINKTANK haben eine stärkere Nutzung einheimischer Rohstoffe zur Stärkung der Lieferketten und Vermeidung von Lieferengpässen zum Gegenstand. Der THINKTANK Industrielle Ressourcenstrategien richtet den Fokus hierbei vor allem auf Industrierohstoffe, die die Basis für die baden-württembergische produzierende Wirtschaft bilden.

Dr. Hoffmeister-Kraut
Ministerin für Wirtschaft,
Arbeit und Tourismus